

# BR/GT I/155 d/72

## Travaux Préparatoires EPÜ 1973

### Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.



REGIERUNGSKONFERENZ  
UEBER DIE EINFUEHRUNG  
EINES EUROPÄISCHEN  
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 28. Februar 1972

BR/GT I/155/72

- Sekretariat -

UEBERMITTLUNGSVERMERK

Betrifft: Bemerkungen zu der Möglichkeit, zur Lösung der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Selbstkollision europäische Zusatzpatente vorzusehen

Verfasser: Französische Delegation

BR/GT I/155 6/72 ert



Bemerkungen zu der Möglichkeit, zur Lösung der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Selbstkollision europäische Zusatzpatente vorzusehen

I. Vorbemerkung

Damit vermieden wird, dass zwei europäische Patente für ein und dieselbe Erfindung erteilt werden können, schreibt der Uebereinkommensentwurf in Artikel 11 Absatz 3 folgendes vor:

"Als Stand der Technik gilt auch der Inhalt früherer europäischer Patentanmeldungen, die erst an oder nach dem in Absatz 2 genannten Tag veröffentlicht worden sind."

Dieses System - die sogenannte Gesamtinhaltslösung - verhindert, dass sich ein Patentanspruch der späteren Patentanmeldung auf eine Beschreibung stützt, deren Inhalt bereits in der früheren Anmeldung enthalten ist; dieses System ist gegenüber dem zweiten Anmelder zwar streng, stellt jedoch eine klare und verhältnismässig leicht anwendbare Lösung dar; es wird ausserdem den Fällen gerecht, in denen die Erfindungen, die Gegenstand der ersten bzw. der zweiten Anmeldung sind, unabhängig voneinander gemacht worden sind.

Falls der Anmelder bei beiden Anmeldungen ein und dieselbe Person ist, muss die zweite Anmeldung, damit die Beschreibung verständlich ist, zwangsläufig auf die Beschreibung der ersten Anmeldung Bezug nehmen; es handelt sich dann um eine Erfindung, die von der ersten abhängig ist und diese meistens verbessert; ist der Anmelder nicht in der Lage, einen Anspruch seiner zweiten Anmeldung zugleich auf einen Teil seiner ersten Anmeldung und auf seine zweite Anmeldung zu stützen, so wird er mit Gewissheit geschädigt. Als Beispiel wird angenommen, dass A die erste Anmeldung ist, welche die beiden Teile l und m sowie die beiden entsprechenden Patentansprüche L und M enthält; B, die zweite Anmeldung, übernimmt



dem Teil m und fügt einen Teil n hinzu; B enthält zwei Ansprüche, nämlich M', der sich auf m bezieht, jedoch von M abweicht, und (M + N), der sich zugleich auf m und n bezieht; nach dem System, das sich nach dem derzeitigen Stand des Entwurfs ergibt, kann der Anspruch M' in B nicht aufrechterhalten werden, da der Teil m bereits in der früheren Anmeldung A enthalten ist; der Anspruch kann natürlich unter den Bedingungen des Artikels 137 b in die Anmeldung A aufgenommen werden; auch der Anspruch (M + N) kann nicht aufrechterhalten werden; er muss, sofern dies möglich ist, durch einen Anspruch M ersetzt werden, der sich lediglich auf den Teil n stützt.

1. Bedingungen, welche die Lösungen erfüllen müssen

1. Sie müssen es dem Anmelder gestatten, die Ansprüche der zweiten Anmeldung auf einen Text zu stützen, der teilweise die Beschreibung der früheren Anmeldung enthält.
2. Es muss vermieden werden, dass zwei Anmeldungen, die identische Teilbeschreibungen enthalten, verschiedenen Personen gehören.
3. Es muss vermieden werden, dass die Gesamtdauer des Schutzes ausgedehnt werden kann.

II. Mögliche Lösungen

1. System der auf die Ansprüche beschränkten Anteriorität

Nach diesem System ist lediglich ein Anspruch auf das nicht zulässig, was in den Ansprüchen des ersten Patents enthalten ist. In unserem Beispiel sind so der Anspruch M' und der Anspruch (M + N) in der Anmeldung B zulässig.

Die obige Bedingung ist somit erfüllt; die Bedingungen nach den Mm. 2 und 3 sind jedoch nicht erfüllt.

## 2. System des besonderen Zusatzes

Nach diesem System gilt - als Ausnahmeregelung zu Artikel 11 Absatz 3 - der Inhalt früherer europäischer Patentanmeldungen bei europäischen Zusatzpatentanmeldungen, die sich darauf beziehen, nicht als Stand der Technik.

Der Anspruch M' und der Anspruch (M + N) sind im Zusatz zulässig.

Die Bedingung nach Nummer 3 ist erfüllt, denn der Zusatz ist nur für einen vom Einreichungstag des Hauptpatents an gerechneten Zeitraum zulässig.

Die Bedingung nach Nummer 2 ist nicht erfüllt; sie kann jedoch verhältnismässig leicht erfüllt werden, sofern

- a) das Hauptpatent und der Zusatz bzw. die Zusätze nicht unabhängig übertragen werden darf bzw. dürfen;
- b) die Umwandlung des Zusatzes in ein unabhängiges Hauptpatent ipso facto zur Folge hat, dass die obengenannte Ausnahmeregelung nicht anwendbar ist.

Zu bemerken ist, dass die Zusammenfassung des Zusatzes mit dem Hauptpatent durch die Besonderheit an sich, die das Zusatzpatent darstellt, erleichtert wird.

## IV. Vorschläge

1. Artikel 11 Absatz 3 ist wie folgt zu ergänzen:

Als Stand der Technik gilt vorbehaltlich Artikel 21 Absatz 2 a  
auch der Inhalt ... .



2. Artikel 21 Absatz 2 a (neu)

Als Stand der Technik gilt bei europäischen Zusatzpatenten nicht der Inhalt der entsprechenden Hauptpatentanmeldungen, die erst an oder nach dem in Artikel 11 Absatz 2 genannten Tag veröffentlicht worden sind.

3. Artikel 23 Absatz 1 a (neu)

Ein Rechtsübergang der europäischen Zusatzpatentanmeldungen ist nur zusammen mit der europäischen Hauptpatentanmeldung oder mit dem europäischen Hauptpatent, auf das sie sich beziehen, möglich.

Die Frage, ob der Artikel 18 "Uebertragung des Gemeinschaftspatents" des Zweiten Uebereinkommens nicht dementsprechend geändert werden sollte, müsste von der Arbeitsgruppe der Sachverständigen geprüft werden, die dieses Uebereinkommen ausarbeitet.

---

